



Besoldung

Auszubildende erhalten während der Dauer des Vorbereitungsdienstes Anwärterbezüge.

Diese betragen **ab 01.03.2020:**

Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen	1.426,91 €
Lehramt für Sonderpädagogik	1.462,66 €
Lehrämter an Gymnasien sowie an berufsbildenden Schulen	1.501,92 €

zuzüglich Familienzuschlag der entsprechenden Stufe nach der Besoldungsordnung

z. B. Stufe 1 (verheiratet)	143,84 €
Stufe 2 (1 Kind)	266,79 €

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 122,95 €, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 336,69 €.

Hinweise:

Für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf besteht keine Pflicht zur Versicherung in der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Diese Sozialversicherungsbeiträge entfallen somit. Seit 2009 besteht aber eine generelle Krankenversicherungspflicht, aus der sich die Pflicht für Beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Personen zum Abschluss einer ergänzenden bzw. beihilfekonformen Krankenversicherung ergibt.

Eingestellt wird in der Regel in das Beamtenverhältnis auf Widerruf. Auf Antrag der oder des Auszubildenden kann der Vorbereitungsdienst auch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses abgeleistet werden.